

1. Ausgabe
September '04

und...?!

FACHZEITSCHRIFT ZUR UNTERSTÜTZUNG LINKSRADIKALER DISKUSSIONEN

Seite 2-5:
Friedlich, sozial, einfach nett

Seite 5-7:
Europa ist auch keine Lösung

Seite 7-8:
Die EU und der Antisemitismus



Schwerpunkt: **EUROPA**

Editorial

Die Zeit des Wartens ist vorbei! Hiermit haltet ihr die erste Ausgabe der **und...?!** in Händen und wenn der Redaktion nicht der Himmel auf den Kopf fällt, wird dies auch nicht die letzte sein, sondern es werden in Zukunft in unregelmäßigen Abständen weitere Pamphlete dieser Art kostenlos verteilt werden. Warum nun aber solch eine Zeitung, werdet ihr vielleicht fragen, obwohl die richtige Frage lautet: warum erst jetzt? Denn wie wohl jede und jeder weiß, kann die Weltrevolution nicht mehr warten. Und genau darum geht es hier. Während einige ihre Zeit vielleicht mit so nutzlosen Tätigkeiten wie abhängiger Lohnarbeit oder Rasenmähen verbringen müssen, hat sich nämlich ein Häuflein Unerschrockener hingesetzt und sich die Köpfe darüber zerbrochen, was zu tun sei, begleitet nur vom ständigen Surren des treuen Rechners statt vom lieblichen Gezwitscher noch viel lieblicherer Vögel. Dies ist das Ergebnis: Von heute an gedenken wir euch, wie für Staatsfeinde üblich, durch als wissenschaftliche Beiträge getarnte Propaganda zu manipulieren und auf dogmatische Art und Weise gefügig zu machen – nix wirklich Neues also.

Die Zeitung ist das Ergebnis von Diskussionen, die die Notwendigkeit eines solchen Projektes immer wieder aufzeigten. Die Mitglieder der Redaktion, allesamt aus dem linken Spektrum und sich dabei längst nicht immer grün, eint jedoch die Überzeugung, dass bestimmte politische Themen in der Region bislang zu wenig diskutiert wurden und dass dieser Zustand der Weltrevolution abträglich ist. Ziel ist es deshalb, sich in unregelmäßigen Abständen einem bestimmten Thema mit verschiedenen Artikeln ausführlicher zu widmen. Idealerweise wird es zu jedem Themenblock auch eine größere Veranstaltung geben, und, wenn daran Interesse besteht, Vorbereitungsveranstaltungen mit den AutorInnen der Beiträge in diesem Heftchen. Wir hoffen, mit unseren Artikeln die eine oder andere Diskussion lostreten zu können. Und wer die Zeitung trotzdem nur für das abendliche Lagerfeuer nutzen will, sei's drum. Aber beschwere man sich nachher nicht, wenn man nach der Revolution immer noch Tellerwäscher ist!

Noch was: Die AutorInnen verstehen ihre Beiträge explizit nicht als der Weisheit letzten Schluss, sondern als Anregung, sich mit dem jeweiligen Thema näher zu beschäftigen. Eure Einwände, Fragen, Kritiken etc. sind also ausdrücklich erwünscht. Wendet euch dazu an: u-n-d@gmx.net

Friedlich, sozial, einfach nett

Die Vorstellung, dass Europa duftig ist, weil es keine Gewalt anwende, dialogmäßig mit seinen Nachbarn umgeht, verhandelt statt zu bomben, den guten alten Wohlfahrtsstaat pflegt und sich deshalb so grundsätzlich von den USA und ihrem rücksichtslosen Raubtierkapitalismus unterscheidet, hat aktuell Hochkonjunktur. Diese Vorstellung teilt auch ein Großteil der europäischen Linken und deswegen sind sie so versessen auf ein einiges Europa, das die USA in ihrem »hegemonialen Unilateralismus« bremsen möge. Die EU ist für sie das kleinere Übel, ein starkes Europa bietet in ihren Augen die Möglichkeit, dem amerikanischen Hauptfeind Paroli zu bieten. Um so unverschämter fand man deshalb die Tatsache, dass sich europäische Staaten im Irak-Krieg an die Seite der USA stellten und flugs wurde man zum Parteigänger einer deutschen beziehungsweise französischen Machtpolitik.

Das war einmal anders. Die politische Auseinandersetzung mit dem institutionalisierten Rassismus einer »Festung Europa«, mit dem Sicherheits- und Überwachungswahn im »Schengen-System« sowie die Agitation gegen das »Europa des Kapitals« waren gängiger Bestandteil linker Kritik.

Doch bereits in den 90er Jahren entdeckten einige Linke ihre Begeisterung für das europäische Projekt. Forderungen nach einem sozialstaatlichen Europa kamen auf. Anderen schien aus Deutschland-kritischem Blickwinkel die kontinentale Integration und insbesondere die deutsch-französische Partnerschaft die Verhinderung eines neuerlichen deutschen Sonderwegs zu versprechen.

Heute zeigt sich hingegen ein anderes Bild in der radikalen Linken. Besonders prägend ist ein Umgang mit Europa, der seiner kritischen Beschäftigung mit einzelnen Teilbereichen der EU-Politik, insbesondere dem staatlichen Rassismus und der europäischen Militarisierung durch eine freiwillige Marginalisierung im Spektrum von Globalisierungskritik und Friedensbewegung selbst einen Großteil der Substanz nimmt. Denn innerhalb der zivilgesellschaftlichen Mobilisierungen, wie sie sich insbesondere im Zuge des Irakkrieges formierten, waren die pro-europäischen Identifikationsangebote die dominanten. Die Kritik geht allerdings nicht nur aufgrund des bestehenden Kräfteverhältnisses unter. Innerhalb des Bewegungsspektrums sind Parteinahmen für ein vermeintlich zivileres Weltordnungsmodell oder einen sozialeren Wesenszug Europas thematische Anschlussstellen für euronationalistische Identifikationen. Die sozialen Bewegungen

übernehmen damit die Funktion ideologischer Durchsetzungsagenturen für die Modernisierung des europäischen Kapitalismus. Sowohl die materiellen Entwicklungen zu einer europäischen Konkurrenzmacht – vom Innovationsstandort bis zur Militärmacht – als auch die ideologischen Zutaten – Nationalismus, Antiamerikanismus und Antisemitismus – werden so, wenn schon nicht ignoriert, so doch auf den Status von strategisch weniger bedeutsamen Nebenwidersprüchen herabgesetzt.

Europa ist friedlicher

Betrachtet man die Diskussionen um die europäische Einigung, so stößt man auf ein urdeutsches Konzept: Erstmal muss ein Kerneuropa her, das voranschreitet in einer einigen Sicherheitspolitik, aber weiterhin auf die anderen europäischen Länder schießen soll. Propagiert wird ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten. Deutschland, Frankreich, die Benelux-Staaten und wer sonst bereit ist, sich ihnen unterzuordnen, legen schon mal mit einem Kerneuropa innerhalb der EU los. Davon wird eine Sogwirkung ausgehen, der sich die anderen Mitglieder – zunächst in der Eurozone – nicht auf Dauer werden entziehen können“, meint Deutschlands Vorzeigephilosoph Habermas hierzu.

Mit der Sog-Wirkung ist das Instrument angesprochen, mit dem die führenden EU-Staaten sowohl innerhalb der EU als auch nach außen im wesentlichen ihre Interessen umgesetzt haben. Einen »Sog« kann man nur erzeugen, wenn die anderen Staaten wirtschaftlich oder/und politisch abhängig sind. Diese Abhängigkeiten gilt es auszunutzen, damit die anderen Länder aus eigenem Interesse heraus mitmachen.

Und zwar zunächst innerhalb der EU. Erinnerung sei daran, dass die Maastricht-Kriterien für die Geldwertstabilität des Euros vor allem von Deutschland gegen die anderen Länder durchgesetzt worden sind. Zuvor hatte Deutschland die vorherige Geldkooperation im EWS gegen die Wand fahren lassen und die Solidarität aufgekündigt. Dann hat Deutschland die anderen Länder vor die Wahl gestellt: Entweder ihr macht mit oder eure Währungen versinken vollständig im Nichts, weil wir euch nicht helfen werden. Aktuell, in der Debatte um eine europäische Verfassung, begegnen Deutschland und Frankreich dem Einspruch osteuropäischer Antrittskandidaten mit dem Hinweis auf Finanzhilfen, die man

gegebenenfalls noch mal überdenken müsste. Habermas wiederum nennt das die »weiche Macht« von »ökonomischen Vorteilen«, was den Touch von Hilfe und Unterstützung hat. Tatsächlich klingt es eher nach Erpressung.

Und auch nach außen hin scheint die weiche Macht bislang das erfolgversprechendere Konzept zu sein: so haben etwa die EU-Außenminister beschlossen, daß die Nicht-EU Nachbarländer für die frühzeitige Beseitigung von Flüchtlingen in der EU zuständig sein sollen. Sie haben darüber gestritten, ob man die Länder durch wirtschaftliche Sanktionen oder durch das Angebot von Vorteilen dazu bewegen soll. Ist aber letzteres das Gegenteil vom ersteren? Arme Länder durch das Anbieten von Krediten oder Handelserleichterungen rumzukriegen, kalkuliert ebenso mit der Armut derselben und deren Ausnutzung.

Und alles ohne Gewalt?

Die europäischen Staaten haben Kredite in alle Welt vergeben und nutzen die Zahlungsverpflichtungen der anderen Länder als Druckmittel, um in die entsprechenden Länder hineinzuregieren. Aber warum lassen sich das so viele ärmere Länder gefallen? Dass wirtschaftliche Macht auf politischer Gewalt beruht, müsste eigentlich eine Binsenweisheit sein. Deutlich zeigte sich dies für Deutschland und Frankreich, allerdings mit negativem Vorzeichen, am Irakkrieg. Da haben sie mit dem Irak und dem Iran schon Verträge abgeschlossen und dann machen die USA mit ihrem Krieg die ganzen Geschäftsgrundlagen zunichte. Die reale Gewalt ist und bleibt die Grundlage für die weiche Macht, die Habermas der EU als einziges Mittel andichtet.

Aber bei dem ganzen Gerede über die weiche Macht sollte auch nicht vergessen werden, dass Europa seinen ersten Krieg schon geführt hat – gegen Jugoslawien. Es ist schon komisch, dass sich in der heutigen Debatte über die USA niemand mehr an diesen Krieg erinnern will. Damals haben die EU-Staaten trotz des Vetos von Rußland und China im Sicherheitsrat den Krieg angezettelt. Rußland hatte ja auch wirtschaftliche Beziehungen zu Jugoslawien, die durch die Gewalt der NATO plötzlich nichts mehr wert waren. Aber wenn die USA den Europäern

jetzt praktisch zeigen, dass es bei Krieg und Frieden eben nur auf die Macht ankommt, dann sind für Habermas und seines Gleichen die USA Völkerrechtsbrecher und die EU ist ein Hort des Friedens.

Die deutsche und französische Politik ist trotz gleichlautender Propaganda um einiges realistischer als Habermas und setzt den Ausbau der militärischen Kooperation und Macht auf die Agenda. Doch die Ideologie von der Friedensmacht Europa ist schon so weit vorangeschritten, dass beide Staaten damit rechnen können, dass trotz massiven Sozialabbaus die Staatsbürger ihren Regierungschefs dabei die Stange halten werden.

Täglich trudeln neue Meldungen über Aufrüstungspläne der EU ein: eigene Weltraumforschung, von der NATO autarke Militäreinheiten, die spätestens 2009 Operationen in der Größenordnung des Kosovo-Einsatzes durchführen sollen, eigenes Satellitennavigationssystem Galileo, Aufbau einer gemeinsamen Militärindustrie und Schaffung eines europäischen Außenministeriums, ja selbst die deutschen Atombewaffnungswünsche bekommen wieder Aufwind. Wenn aber einmal die Einsicht in die Notwendigkeit einer europäischen Gegenmacht sich durchgesetzt hat, dann muss auch die europäische Militärpolitik ideologisch verklärt werden. Nicht wenige Linke loben Europa als friedlichen Antagonisten zur Kriegspolitik der USA. Die »Friedensmacht Europa« ist allerdings den zum Teil noch fehlenden militärischen Ressourcen geschuldet. Einsätze ähnlich der der Amerikaner sind im europäischen Rahmen bislang noch nicht möglich. Allerdings sind es gerade die Interventionen unterhalb der unmittelbar militärischen Gewaltanwendung, mit deren Hilfe Europa seinen eigenen Machtbereich ausdehnt, Staaten destabilisiert und – wie im Falle Ex-Jugoslawiens – mit deren Hilfe Deutschland seine Vorstellungen einer Volksgruppenpolitik durchsetzt.

Eins ist klar: die EU hat noch viel vor. Damit alle Welt die »weiche Macht«, die aus den Gewehrläufen kommt, endlich am eigenen Leib erfahren kann. Hierin eine friedenschaffende Maßnahme zu entdecken, also der militärischen eine ideologische Aufrüstung beiseite zu stellen, ist immer schon vornehmste Aufgabe bürgerlicher Intellektueller gewesen, die sich schnell zu mehr als nur Kulturkämpfern wandeln können. Während früher die Waffen von jenen Intellektuellen gesegnet wurden, die in den Kirchen wohnten, stellt heute noch der letzte europäische Philosoph, Historiker oder Dichter mit Verweis auf den Ewigen Frieden oder McDonalds als amerikanisches Anti-Kulturgut für die Aufrüstung des eigenen Landes oder Staatenbündnisses das Prädikat »besonders wertvoll« aus. Dabei wird ab und zu die europäische Öffentlichkeit als der herrschaftsfreie Raum für allerlei Diskurse entdeckt, so geschehen im Mai letzten Jahres. Bagdad war gerade gefallen. Doch dieses Mal wurden im Gegensatz zu dem vier Jahre zuvor im Kosovo geleisteten Einsatz für die Menschenrechte dieselben als Verlierer entdeckt und in den Chor der beleidigten Intellektuellen stimmte ein Großteil der Linken fröhlich mit ein. Dieser Krieg nicht gut, weil wegen Öl geführt. Amerika nicht gut, weil keine Kultur und erst recht keine hohe Moral, von der Europa nur so überschwappt. Über derlei Aussagen kamen nur wenige hinaus.

Europa ist sozialer

Der Weltmacht Nr. 1 soll perspektivisch die Position streitig gemacht werden und um die Notwendigkeit dessen zu beweisen, wird ihr erst mal eine üble Fratze verpasst. Der Französischen Revolution wird der Liberalismus, dem Sozialstaat der Raubtierkapitalismus, der Solidarität in Europa der Individualismus auf amerikanischer Seite gegenübergestellt.

Die ideelle Kraft der Französischen Revolution macht nach Habermas' Meinung Europa zu einem Ort, an dem die Menschen dem Staat vertrauen. Sie leben in »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« - also nicht bloß in Freiheit und Gleichheit, was Amerika zugeschrieben wird. Mit der Freiheit des Marktes sind nämlich die »scharfen Klassengegensätze« verbunden, die den Europäern nicht zusagen. Im Unterschied zu Amerika steht man hier nämlich auf die solidarische Gemeinschaft, in der nicht jeder an sich denkt oder in Habermas' Worten vielmehr auf »die zivilisierende Gestaltungsmacht des Staates«. Gestalten klingt schön neutral und meint auch nur das Beste, allerdings nur für das Allgemeinwohl. Das Allgemeinwohl aber ist eine Abstraktion von den Interessen des Einzelnen für



das Ganze. Der Einzelne ist nicht Zweck des Allgemeinwohls, sondern nur Mittel. Als Mittel muss er den Gürtel meistens enger schnallen. Habermas Europäer kann also darauf vertrauen, dass der Staat vor dem Versagen des Marktes schützt. Bleibt nur noch die Frage, wer vor dem Staat schützt. Es wird suggeriert, Staat und Markt ständen, nachdem der Staat die Klassegegensätze zivilisierend beigelegt habe, in einer harmonischen Konstellation, während in Amerika immer noch der Raubtierkapitalismus herrsche. Abgesehen davon, dass es in Amerika sehr wohl ein Sozialsystem gibt, ist es kaum besser, sich für das harmonische Allgemeine aufzuopfern, als am Markt zu verlieren.

Der Einzelne ist nichts, die Gemeinschaft alles. Nicht nur abstrakt für das Allgemeinwohl, sondern ganz konkret für den Mitmenschen muss man Verluste hinnehmen. Das ist soziale Gerechtigkeit, die unterschlägt, dass es eine Bestimmung der kapitalistischen Konkurrenz ist, des Einen Gewinn des Anderen Verlust sein zu lassen. Diese Differenz wird durch keine Solidarität ausgeglichen, noch kann sie, soll das System erhalten werden. Gerade die Linke aber hält die Solidarität als Verdienst der Arbeiterklasse hoch. Schließlich seien die lange nachwirkenden Klassenunterschiede von den Betroffenen als ein Schicksal erfahren worden, das nur durch kollektives Handeln abgewendet werden konnte. Die Solidarität aber, an die Gewerkschaften und antiimperialistische Initiativen appellieren, ist eine, die als nationalistische an die faschistische Gemeinschaft problemlos Anschluss gefunden hat und immer wieder findet. Aber auch unabhängig davon: Mit dem Projekt Europa verändern sich mitnichten die Aufgaben, die der Nationalstaat zu erfüllen hat, sie werden nur stärker koordiniert. Europa steht, ebenso wie seine einzelnen Mitgliedsstaaten, ebenso wie alle kapitalistischen Staaten, für Unterdrückung, soziale Selektion, rassistische Ausgrenzung und mehr.

Europa ist demokratischer

Zwar soll man sich opfern, aber man kann auch wählen. Schließlich ist Europa mit der antiken griechischen Polis und der französischen Revolution gewissermaßen der Hort der Demokratie überhaupt. Weil »wir« in Europa ein differenziertes Parteiensystem haben, können wir an den verschiedenen Positionen, die uns dadurch zur Verfügung stehen, unser Bewusstsein bilden und abwägen, ob wir das mitmachen oder nicht. Es wird unterstellt, es gebe wesentliche Unterschiede im Angebot der Parteien zum Umgang mit dem Kapitalismus, während in den USA nur noch die Wahl zwischen Demokraten und Republikanern zu fällen sei. Das vernachlässigt, dass Parteien sich grundsätzlich zur vorhandenen Ordnung bekennen, die eine kapitalistische ist, und deshalb in ihren Reformen niemals anders können, als die allgemeinen Geschäftsbedingungen für Kapitalakkumulation und Verwertung zu gewährleisten. Dementsprechend divergieren ihre politischen Bewertungen auch nur unwesentlich. Habermas aber will uns glaubhaft machen, Europa sei vielfältiger, weil es woanders (USA) überhaupt keine Auseinandersetzung über die »sozialpathologischen Folgen der kapitalistischen Modernisierung« gebe. Es wird unterstellt, hier könne sich jeder für oder gegen die Modernisierung entscheiden. Staaten, die kapitalistisch produzieren können es sich aber nur in einem sehr begrenzten Rahmen leisten, Rationalisierungsmaßnahmen zu unterlassen. Und Europa als Staatenbündnis

auf dem Weg zur Weltmachtstellung kann das schon gar nicht.



Die Moral von der Geschicht': Europa ist moralischer

Denn »durch die Erfahrungen der totalitären Regime des zwanzigsten Jahrhunderts und durch den Holocaust«

(wiederum Habermas) ist Europa humanisiert. Es hat sich eine »erhöhte Sensibilität für Verletzungen der persönlichen und der körperlichen Integrität« eingestellt. Im Gegensatz zu den USA ist nämlich in Europa die Todesstrafe abgeschafft. Diesen netten Umstand verdanken wir allerdings nur dem Umstand, dass sich die repräsentative Demokratie unabhängig vom Volkswillen entschieden hat. Eine Befragung unter den Volksgenossen hätte wohl damals, sicher aber heute, zu einem anderen Ergebnis geführt. Indem aber Habermas und andere diese Sensibilität feiern, gewinnen sie Auschwitz etwas Positives ab.

Um ihre Interessen besser in aller Welt und besonders gegen die USA durchzusetzen, haben die europäischen Staaten für das Bündnis ihre Souveränität eingeschränkt. Zeigt das nicht geradezu ihren Willen zur Gewaltlosigkeit? Dass Europa sein Rüstungsbudget aufstockt, kratzt nicht an der Gewaltlosigkeit, weil es ja schließlich Kriege nur aus humanitären Gründen führt. Zudem kann Europa gar nicht mehr kriegerisch unterwegs sein, weil es sich nämlich domestiziert hat. Das ist so etwas wie zivilisiert und kultiviert und wieder einmal das Gegenteil von den wilden, primitiven USA. Europa hat eine Menge aus der Geschichte gelernt. Zu guter Letzt, dass Imperialismus und Kolonialismus schlecht sind. Gewaltsam Land und Leute aneignen und alleine regieren zu wollen, funktioniert nicht. Deshalb erkennt man besser andere Souveräne an, schließt sich mit ihnen zusammen und geht gegen alle anderen, besonders die USA an. Die sind nämlich nicht so weit im Denken und machen noch die Phase des Kolonialismus durch, wo doch nach Habermas jeder weiß, dass das Kinderkacke ist.

Wie für jede echte Gemeinschaft, so gehört auch zur identitären Konstruktion von Europa eine gemeinsame Geschichte. Keineswegs nur von Habermas, jedoch von diesem ganz ausdrücklich, wird neben Demokratie und Menschenrechten auch der Holocaust zur europäischen Erfahrung umgedeutet. Dieser Vorstoß reiht sich in die auf vielen thematischen Feldern vollzogene Geschichtspolitik ein, welche die deutschen Verbrechen über einen europäischen Blickwinkel entwickelt und relativiert. Der Nutzen dieser Umdeutung ist ein mehrfacher. Indem die deutsche Schuld in einem pluralistischen Erinnern aufgeht und die historischen Ursachen für die Verbrechen des Nationalsozialismus in einer europäischen Leidensgeschichte verschwimmen, wird eine positive Bezugnahme auf die Vergangenheit möglich. Über die Geschichte des deutschen Volkes, die nun als eine Opfergeschichte unter vielen erscheint, lässt sich ungebrochener nationale Gemeinschaft stiften. Mehr noch: Aus der Verbrechensgeschichte der Deutschen sollen sich für alle Ewigkeit nicht mehr politische Beschränkungen, stattdessen aber Normalität und moralisch besonders legitimierte Interventionsbefugnisse ableiten lassen. Spätestens seit dem Jugoslawienkrieg ist deutlich geworden, wie die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus für deutsche Interessenpolitik benutzt wird. Das Ausmaß allerdings, mit dem heute die Umdeutung der Erinnerung betrieben wird, ist neu. Mit der Art der Thematisierungen von Bombenkrieg und deutschen Flüchtlingsschicksalen werden die Täter/Opfer-Grenzen endgültig verwischt und die, nur unter dem Zwang der Alliierten vollzogene, Reeducation verkauft man als erfolgreichen Lernprozess, der den Gegnern von damals und heute unter die Nase gerieben wird.

Die europäische Integration ist heute erheblich mehr als eine bloße Wirtschaftseinheit. Insbesondere in Deutschland entwickelt sich eine erstaunliche Dynamik auch geschichtspolitischer Dimension, Deutschland steht einmal mehr als später Sieger da. Mit der Stilisierung Europas als Hort friedlicher Gutmenschen, die samt und sonders die Lehren aus der Geschichte gezogen hätten, wird die Konstruktion einer europäischen Identität erst ermöglicht. Die Europäisierung der deutschen Verbrechen, also ihre Eingliederung in eine Reihe anderer unschöner Vorfälle, befreit Deutschland von der Last der Geschichte und wird sogar, wie das Beispiel des Kosovokrieges zeigt, zum Motor deutscher Außenpolitik. Der früher öfter gehört Satz: »Auch andere haben Dreck am Stecken« enthält im Zuge dieser Relativierungen eine neue Qualität

Europa ist auf dem Weg nach vorn

Seit einiger Zeit geht Europa in die Offensive: wirtschaftlich wie auch militärisch, vor allem aber identitätspolitisch. Deutschland als ökonomisch stärkstes und zudem bevölkerungsreichstes Land der EU spielt hierbei die führende Rolle. Die Eliten des Landes wissen sich dabei einig mit der Mehrheit der Bevölkerung, dass der deutsche Versuch, wieder Weltgeltung als Großmacht zu erlangen, derzeit nicht im Alleingang, sondern nur im europäischen Gewand Erfolg haben kann. Gerade die EU-Osterweiterung bietet Deutschland ganz neue Chancen, und dieses Mal scheint der deutsche Drang nach Osten von mehr Erfolg gekrönt zu sein als zuvor in zwei Weltkriegen.

im wesentlichen auf der Abgrenzung gegenüber den USA. Diese gehören zusammen mit Israel zu den zentralen Feindbildern in der EU. Die Gleichsetzung der USA mit vaterlandslosem Materialismus, mit rücksichtsloser Machtpolitik, mit westlicher Dekadenz und ihre Stilisierung als »Heimat des Mehrwerts« haben in Europa Hochkonjunktur. In den USA den »unmenschlichen Vasallenmacher Deutschlands« (Rudolf Augstein), die »Internationale Völkermordzentrale« (antiimperialistische Linke bis NPD) oder »die totalitäre Macht« (Alain de Benoist in: Junge Freiheit) auszumachen, rockt dieser Tage die Massen. Dabei wird wahlweise Herr Bush als »rauer, knüppelharter Provinzler« (Neues Deutschland) oder als Oberhaupt eines globalen, demokratiefressenden »Machtkartells, das die Interessen der transnationalen Konzerne und Finanzanleger verfolgt« (Attac) dargestellt. Und jeder dritte Mensch unter 30 in der BRD weiß nach einer Umfrage der »Zeit«, dass der Anschlag des 11.9. 2001 auf das Konto der USA geht (Wie viele nur deshalb nicht darunter fallen, weil sie die Juden dahinter vermuten, wurde nicht ermittelt). Hollywood-Filme verseuchen die Köpfe,

McDonalds und Co. die Mägen und amerikanischer Shareholder Value- und Krämergeist essen ehrliche Seele auf.

Amerika, oftmals personalisiert in Bush/Ölmagnaten/John Wayne, ist somit negative Projektionsfläche für eine Menge verschiedener politischer »Kritik«. Diese wendet sich allerdings etwa beim Vorwurf, dass Amerika sich als alleiniger Weltpolizist aufspiele, vor allem gegen das »alleine« und fordert eine ordentliche Weltordnung. Eine gerechte, eine moralische, eine soziale, eine, in der sich Deutschland an der Spitze Europas, durch die Lehren aus der Geschichte geläutert und moralisch rehabilitiert, mehr und mehr zum legitimen Anwalt der Menschenrechte und damit zum Widerpart gegen die schnöden Machtinteressen der USA aufschwingt.

Wenn Habermas` ideeller Gesamteuropäer das alles kapiert hat, dann kann er wieder losgelassen werden, auf dass am europäischen Wesen die Welt genesen.

pünktchen und anton

Europa ist auch keine Lösung

Nicht einmal ein Jahrzehnt nach der Niederschlagung der deutschen Barbarei wurde am 24. Juli 1952 einer der Grundsteine für den Wiederaufstieg Deutschlands gelegt. An diesem Tag wurde die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, oft auch Montanunion genannt, Realität. Aus dieser vorerst wirtschaftlichen Vereinigung ging ein halbes Jahrhundert später die Europäische Union hervor. Die fortschreitende europäische Integration ist heute weit mehr als eine bloße Wirtschaftsunion. Es ist ein Europa entstanden, das nicht mehr nur für überflüssige Bürokratie oder Gurkenimportbestimmungen steht, sondern als eine neue Nation verstanden werden kann. So lösen sich die nationalen Identitäten der Mitgliedsländer aber nicht auf, es kommt nur eine hinzu: die des Europäers. Gegenüber den anderen Europäern bleibt man Deutscher, gegenüber den Nichteuropäern Europäer.

Dieser Europäer ist ganz Idealist, der eine eigene Identität als Gegensatz zum »amerikanischen Modell« entwickelt. Europa ist sozial, emanzipatorisch ja sogar eine »Friedensmacht« (wer die sich daraus ergebende Kriegsmacht ist, muss kaum erwähnt werden.)

„Wir führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen.“

(G. Schröder in seiner Rede zum gestarteten Angriff auf Serbien am 24. März 99)



Wie erfolgreich das Identitäts- Projekt Europa schon ist, kann besonders an den Protesten gegen den von den Amerikanern angeführten Irak-Krieg gesehen werden.

Zu diesem Zwecke hat sich hierzulande alles zusammen gefunden, was an sich nicht sehr viel miteinander zu tun hat. Die wursthaartragende vegane Gymnasiastin demonstriert neben der Metzgereifachverkäuferin, der Nachwuchspunk neben dem gesamten Lehrerkollegium, Islamisten neben dem lokalen Frauen-LesbenPlenum und organisiert wurde das ganze von Jugendlichen die sich

ansonsten einen scheiß um die Welt kümmern in der sie leben. Ja sogar Nazis durften vielerorts mitlatschen. Warum auch nicht? Die Parolen unterschieden sich eh kaum von denen des Rests. Alle waren sich einig: Krieg ist blöd und ein amerikanischer vor allem.

Und genau deshalb gibt es jetzt auch deutsche statt amerikanischer Brause in der linken Wohlfühlkneipe.

Aber, aber!! wird jetzt eingeworfen. Man müsse doch froh sein, wenn Jugendliche sich gegen Kriege wehren, auch wenn sie das mit moralischen Argumenten tun. Doch Moral ist keine Kritik sondern nur Kritikersatz. Und Ersatz führt bekannterweise nicht oder nur teilweise zum Erfolg. Und genau deshalb muss auch ein Großteil der Friedensbewegten und GlobalisierungskritikerInnen vor dem Ziel stehen bleiben oder sich verlaufen – verkürzte Kapitalismuskritik heißt das im Fachjargon.

So, jetzt kann mensch sich darüber streiten, ob es an mangelndem Verständnis liegt oder ob es sich um eine bewusste Entscheidung handelt. Das heißt: Wissen die Menschen nicht um die deutschen Interessen, etwa im ehemaligen Jugoslawien? Wissen sie nicht über die Stationierung deutscher Soldaten in der ganzen Welt? Oder nehmen sie es bewusst hin, unterstützen sie es sogar und geben dem Ganzen dann noch einen zivilen, emanzipatorischen Deckmantel?

Fakt ist, dass derjenige, der sich 1999 gegen den dritten deutschen Krieg gegen Restjugoslawien (Serbien) aussprach, gleich als Milosovic-Freund bezeichnet worden war und sofort die neuesten angeblichen Greuelthaten, frisch der Bild, der Welt, der FAZ oder anderen deutschen Zeitungen entnommen, detailliert geschildert bekam und mit einem Funkeln in den Augen gefragt wurde, ob man da denn zuschauen wolle.

Zusehen wollte man dann anscheinend jedoch dem Baath- Regime im Irak. Waren die Opfer doch nur Kommunisten, Kurden, Bewohner des Staates Israel oder andere Regimegegner. Man fühlte sich sogar ein wenig solidarisch mit dem faschistischen und antisemitischen Regime- schließlich wurde man ja auch schon Opfer des »angloamerikanischen Bombererrors«.

So warf man den USA und Großbritannien andauernd Lug und Trug zur Rechtfertigung des Irak-Kriegs vor und als dann das Drama des Herrn Kelly bekannt wurde, wusste man es: Im Krieg stirbt zuerst die Wahrheit. Ganz was neues. Aber hatten nicht deutsche Politiker, um auch noch die letzten Zweifler von dem von Deutschland im Falle Jugoslawiens gewollten Krieg zu überzeugen, nicht einmal davor Halt gemacht, physikalische Grundgesetze außer Kraft zu setzen?

Ähnlich, um ein weiteres Beispiel für die scheinbare moralische Höherstellung Deutsch-Europas zu nennen, verhält es sich bei den bekannt gewordenen Folterungen von Gefangenen im Irak durch amerikanische Soldaten.

Während man über die Misshandlungen der Gefangenen entrüstet ist, ja sich

wie die Geier darauf stürzt, um zu beweisen, welcher Unmensch der Amerikaner ist, hat man sich in Deutschland längst für die Folter entschieden.

Es gab nämlich auch in der deutschen Bundeswehr einen kleinen Folterskandal, der nur deshalb kein großer wurde, weil alles nur gespielt war. Rekruten, die in der Bundeswehrgarnison Hammelburg für ihren friedensstiftenden Einsatz in Bosnien ausgebildet wurden, hatten dort schon mal das Vergewaltigen und Foltern von Serbinnen und Serben geübt. Zum Skandal wurde das, weil die jungen Heißsporne ihre Einübung in das Heldentum auf Video aufgenommen und nach Herzenslust verbreitet hatten.



Exekutionsübung auf dem Truppenübungsplatz in Hammelburg

Auch Wolfgang Daschner, der Chefpolizist, der kürzlich seinem Gefangenen mit Folter drohte löste statt einer Welle der Entrüstung eine Welle der Solidarität aus. Von Oskar Lafontaine bis Roland Koch unterstützten alle den Foltercop, der später in einem Interview freimütig auf die Frage, wie denn die Folter des Gefangenen ausgesehen hätte, wäre der Drohung nicht gleich das Geständnis gefolgt, folgendes kundtat: »Es gibt die Möglichkeit, durch einfache körperliche Maßnahmen, zum Beispiel durch Überdrehen eines Handgelenks, Schmerzen zuzuführen. Es gibt am Ohr bestimmte Stellen- jeder Kampfsportler weiß das- wo man draufdrückt und es tut weh, ohne dass irgendeine Verletzung entsteht. Schlagen, Zufügen von Verletzungen, Einsatz von irgendwelchen Hilfsmitteln waren von mir ausdrücklich ausgeschlossen worden.«

Und wer hatte die Folterungen vorgenommen?

»Jemand, der eine Übungsleiterlizenz des deutschen Sportbundes hat. Und alles wäre ausgeführt worden unter Beteiligung des Polizeiarztes, der anwesend war, um zu verhindern, dass Verletzungen entstehen.«

Also, liebe Amis, lautet die Botschaft, von den Deutschen könntet ihr immer noch lernen. Lasst einen Vertreter des deutschen Sportbundes und der deutschen Ärzteverbände in eure Folterkammern und alles ist geritzt.

Deutsche Geschichte auf dem Weg nach Europa

Während vor einigen Jahren die deutsche Geschichte als vergessen erklärt wurde, wird sie jetzt für die außenpolitischen Interessen nützlich gemacht. Im Zusammenschluss Europas manifestiert sich politisch die Idee gemeinsam aus den Erfahrungen -sei es die Shoa oder der Kolonialismus- gelernt zu haben. So wird der zweite Weltkrieg als europäische Katastrophe umgedeutet aus der die Notwendigkeit für ein geeintes Europa abgeleitet wird. Ein geläutertes Deutschland in einem geeinten Europa, das sich nun befähigt und verpflichtet fühlt, sich als internationales Weltgewissen gegen die alte Weltpolizei Amerika zu stellen.

Geschichte als europäische ist ein Potpourrie ruhmreicher und lehrreicher Taten von der französischen Revolution bis Auschwitz. Mit dieser Legitimation wird Europa seine Interessen durchzusetzen versuchen- ob mit Amerika (wie im Fall Jugoslawien) oder ohne (wie im Fall Irak). Ja sogar über einen Einsatz in Israel wird diskutiert. Und immer wird die in einen europäischen Kontext gesetzte deutsche Geschichte als Legitimation herangezogen.

»Für eine demokratische und soziale Europäische Union, die sich an den Bedürfnissen, der Arbeiterinnen und Arbeiter orientiert sowie der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit und der Solidarität mit den Völkern des Ostens und des Südens.«

Liest man diese Zeilen, die auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre entstanden sind, wird schnell klar, dass Europa als Gegenmodell zu den USA gesehen wird, auf das im Kampf gegen den »neoliberalen Imperialismus« gesetzt werden soll. Indem die USA zur Ursache aller negativ empfundenen Erscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft erklärt werden, drücken die Antiglobalisierer das grundsätzliche Einverständnis mit eben dieser Gesellschaft und den sich aus ihrem Verlauf entwickelnden barbarischen Tendenzen aus.

Das von Donald Rumsfeld als »Old Europe« bezeichnete Europa präsentiert sich selbst als Alternative zum »amerikanischen Imperialismus«, die auf »kritischen Dialog« mit den »Völkern des Südens und Ostens« setzt - insbesondere mit den Ländern der arabischen und islamischen Welt - und als Vorstreiter für »kollektive kulturelle Rechte«, spricht: die Durchsetzung des völkischen Rechts auf nationale Selbstbestimmung, agiert.

Die USA dagegen werden als die »globale Macht« halluziniert, die jeder Ausbeutung auf der Welt zu Grunde liegt; es wird ihnen ein Imperialismus vorgeworfen, der nur als blanker Raub von Rohstoffen sowie als Zerstörung autochthoner Kulturen verstanden werden kann. Mit ihrem Universalismus würden sie die ganze Welt in eine Sauce amerikanischer Unkultur verwandeln und den Völkern ihre Eigenheiten rauben. Dagegen wird die völkische Selbstbestimmung gesetzt, die als Selbstverteidigungskampf gegen die »neoliberale Globalisierung« propagiert wird.

Wird nun Europa doch mal von links kritisiert, greift diese Kritik meist zu kurz (zu Kurz):

Deutschland und dem von ihm dominierten Europa wird vorgeworfen, es mit der Friedensmacht nicht ernst zu meinen und die selben imperialistischen Zwecke nur mit anderen Mitteln zu verfolgen. Die »Kritik« besteht darin, den Deutschen eine Verschleierungstaktik vorzuwerfen, hinter der ihre »eigentlichen Interessen« verborgen seien. De facto sei Europa nicht anders als die USA: Auch ihm ginge es nur um die Jagd nach geostrategischer Macht, Rohstoffen und Absatzmärkten. In diesem Vorwurf an Deutsch-Europa manifestiert sich die Blindheit der Linken gegenüber den spezifischen Besonderheiten kapitalistischer Vergesellschaftung.

Oftmals wird so eine Verharmlosung deutscher Ideologie und der spezifisch deutschen Form der Krisenlösung betrieben.

Der grundlegende Unterschied zwischen deutsch-europäischer und us-amerikanischer Außenpolitik besteht darin, dass erstere unter Menschenrecht die Selbstbestimmung der Völker versteht, also ein kollektiv gefasster Rechtsbegriff zu Grunde liegt. Mit der Zerschlagung Jugoslawiens etwa wurde genau jenes Menschenrecht auf Selbstbestimmung der Völker durchgesetzt, das Deutschland im Irak als Fremdbestimmung des irakischen Volkes durch die USA bedroht sah. Dem Veto gegen die militärische Beseitigung des faschistischen Baath-Regimes lag die gleiche völkische Auffassung der Menschenrechte zu Grunde wie der Zerschlagung Jugoslawiens, nur dass im Falle des Iraks, wegen des Verständnisses der arabischen Welt als einer homogenen und organischen Einheit, die gegen imperialistische Fremdherrschaft zu schützen sei, die nationale Souveränität verteidigt wurde. Im Unterschied dazu wurde die antifaschistische Staatsbürgernation Jugoslawien als »widernatürliches Völkergefängnis« und als das Projekt "serbischen Großmachtstrebens" wahrgenommen, aus dem Kroaten, Bosnier, Kosovaren usw. zu befreien wären, um den naturgemäßen Zustand völkisch verfasster, homogener Kollektive wiederherzustellen.

Universalismus und Individualismus stehen dem natürlich unversöhnlich gegenüber. Aber genau Universalismus und Individualismus sind es, die der Antiamerikaner so hasst.

Er halluziniert sich die amerikanische Gesellschaft als eine bürgerliche Gesellschaft ohne Souverän, in der der Einzelne ohne Rücksicht auf das Allgemeinwohl nur seinen egoistischen Privatinteressen nachgeht, und die aufgrund der Universalität dieses Anspruchs die ganze Welt unter ihren Herrschaftsbereich bringen will. Was von der Linken am so genannten Neoliberalismus beklagt wird - dass die Wirtschaft nicht mehr an die staatliche Kandare genommen würde, weswegen die »multinationalen Konzerne« nicht mehr auf den sozialen Kapitalismus verpflichtet seien, sondern sich vielmehr den Nationalstaat unterwerfen und als ihr Instrument zur unsozialen Gewinnmaximierung missbrauchen würden - fällt in eins mit dem anti-amerikanischen Ressentiment gegen eine Gesellschaft, in der das Diktum »Gemeinnutz geht vor Eigennutz«, das den Nationalsozialismus gleichermaßen charakterisiert wie das »moderne Deutschland«, nicht den Rang einer Staatsdoktrin hat.

So demonstrieren IG Metall-Mitglieder mit T-shirts, auf denen zu lesen ist: »Neoliberale Globalisierung ist Verrat am Vaterland!« und deutsche Sozialdemokraten versuchen derweil, die globalen Bewegungen des Kapitals mit der Nation an die Kette zu legen, wo der Staat nunmehr der EU verpflichtet ist: Im erweiterten europäischen Wirtschaftsraum ziehen nur »vaterlandlose Gesellen« und unpatriotische Kapitalflüchtlinge ostwärts. Solchen will der Scharfmacher und selbsternannte Sprecher der sozial Schwachen, Lafontaine, gleich die deutsche Staatsbürgerschaft aberkennen. Im antikapitalistischen Märchen gibt es das gute und das böse Kapital, dem derweil diese Unterscheidung zu seiner Reproduktion schnuppe ist und sein muss. Strukturell argumentiert einer wie Lafontaine wie seine politischen – sei's liberalen oder konservativen – Konterparts, nach dem nicht essen soll, wer nicht flexibel und anspruchslos für die Nation arbeitet.

Das Ende der Nation als Bedingung für das Ende des Elends

Der Staat macht als ideeller Gesamtkapitalist die Zumutung der kapitalistischen Konkurrenz aller gegen alle durch deren Absicherung durch Gesetz und Gewaltmonopol erst möglich. Die Folgen dieser Konkurrenz sind katastrophal. Die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen fällt dabei nur für eine Minderheit nebenbei mit ab. Die Mehrzahl der Menschen muss zum Erwerb von

Gebrauchsgütern ihre Arbeitskraft verkaufen, was bei systemimmanenter und unumkehrbarer Reduktion des Kostenfaktors Arbeit zunehmend schwieriger wird. Dementsprechend groß sind die gesellschaftlichen Bemühungen, diese erbärmlichen Verhältnisse den teilnehmenden Subjekten erfolgreich als Leben zu verkaufen. Ohne das Elend der Arbeit auch nur einem einzigen Menschen zu wünschen, ist dessen Verknappung doch der sichere Weg zur Verschärfung der sozialen Umstände.

Und doch geht es den sozial Abgesicherten der westlichen Welt noch unvergleichlich viel besser als den Millionen Menschen im Trikont, die im Produktivitätsvergleich des Weltmarktes unterlegen sind und denen innerhalb der globalen kapitalistischen Logik oft nur der Hungertod bleibt.

Jeder Positivbezug auf die kapitalistische Gesellschaft, sowie jede Partizipation an deren Verbesserung oder Umgestaltung, also im besonderen das Streben nach einem »besseren Deutschland«, bedeutet damit in letzter Konsequenz nur die Verewigung dieses Elends. Der bürgerliche Nationalstaat ist Bedingung dieser unmenschlichen Verhältnisse und muss mit ihnen abgeschafft werden. Wer dabei an erster Stelle an Israel oder die USA denkt, ist jedoch Teil des Problems.

Josip Broz

Die EU und der Antisemitismus

Antisemitismus ist »eine anhaltende latente Struktur feindseliger Überzeugungen gegenüber Juden als Kollektiv, die sich bei Individuen als Haltung, in der Kultur als Mythos, Ideologie, Folklore sowie Einbildung und in Handlungen manifestieren – soziale oder rechtliche Diskriminierung, politische Mobilisierung gegen die Juden und kollektive oder staatliche Gewalt –, die dazu führen und/oder darauf abzielen, Juden als Juden zu entfernen, zu verdrängen oder zu zerstören«. So definiert die Antisemitismusforscherin Helen Fein das Phänomen des Antisemitismus. Eine »international wissenschaftlich anerkannte Definition«, wie Prof. Werner Bergmann vom Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) der TU Berlin bestätigt.

In der Folge der Anschläge des 11. September nahmen in etlichen europäischen Ländern antisemitische Übergriffe teils erheblich zu. Infolgedessen wurde das ZfA vom European Monitoring Centre in Racism and Xenophobia (EUMC) beauftragt, Ausprägungen und Ursachen des Antisemitismus innerhalb der EU zu untersuchen. Als Zeitraum wurde das erste Halbjahr 2002 gewählt. Zusätzlich sollten Tätergruppen benannt werden, um so Gegenstrategien entwickeln zu können.

Im Januar 2003 war die Studie fertig gestellt und sie enthielt Ergebnisse, die der EU und allen voran Deutschland und Frankreich gegen den Strich gehen mussten. So führen die Autoren die Zunahme antisemitischer Vorfälle eindeutig auf einige Grundursachen zurück: zu diesen gehören der Beginn der Al-Aksa-Intifada im Herbst 2000 ebenso wie die antisemitisch motivierten Anschläge des 11. September.

Die Verantwortlichen der Studie betonten zudem, dass die steigenden Zahlen nicht auf herkömmliche Propaganda rechtsextremer Gruppen zurückgeführt werden könnten. Vielmehr äußere sich der Antisemitismus heute zunehmend als Antizionismus, wobei Israel und das Judentum gleichgesetzt und mit herkömmlichen antisemitischen Denkmustern belegt würden. Und auch im stark zunehmenden Antiamerikanismus kämen antisemitische Versatzstücke zum Tragen, etwa die Vorstellung von einer jüdisch kontrollierten US-amerikanischen Politik. Tätergruppen waren im Untersuchungszeitraum Menschen mit arabisch/muslimischem Hintergrund, Rechtsextreme, pro-palästinensische Linke und Menschen aus dem »politischen Mainstream« gewesen, mit zum Teil jedoch deutlichen Unterschieden von Land zu Land. Als neues Phänomen wird das massive Auftreten islamistischer Jugendlicher bewertet sowie deren Aufgreifen rechtsextremer revisionistischer Propaganda wie etwa der sogenannten »Auschwitzlüge«.

Massive Zunahmen auch körperlicher Gewalt gab es der Studie gemäß in Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Großbritannien, wo nicht nur jüdische Einrichtungen sondern auch als Juden erkennbare Menschen teils auf offener Straße angegriffen wurden. Oftmals gingen diese Angriffe von arabischen oder muslimischen Tätern aus. Folgt man den Autoren, so kam es in Deutschland zu weniger direkten Gewaltaktionen, es sei jedoch eine regelrechte Welle von Hetzbriefen und Drohanrufen zu verzeichnen gewesen, die sich vor allem gegen jüdische Organisationen und Prominente gerichtet hätten. Die Urheber gingen dabei immer dreister vor und fühlten sich immer sicherer. So hätte etwa eine große Zahl ihren richtigen Namen genannt.

Vor allem in Deutschland und Frankreich gebe es zudem eine Tendenz zur gemeinsamen Mobilisierung gegen Israel und die Juden durch Muslime und Teile der radikalen Linken.

Zusammenfassend kennzeichnen die Verantwortlichen der Studie die Situation in Europa als bedrohlich für die jüdischen Gemeinden, vor allem auch deshalb, weil die tätlichen Übergriffe von einer offiziellen teils sehr tendenziösen Berichterstattung zum Nahostkonflikt und einer einseitigen Kritik an Israel begleitet würden, wobei ebenfalls häufiger antisemitische Stereotype verwendet würden.



Unheiteres Rätselraten: welche Karikatur ist „links“?

Zwar ist es hier nicht primär Thema, die theoretischen und definitorischen Mängel der Studie zu erarbeiten, jedoch sollen diese nicht unerwähnt bleiben. Die Auffassung der Autoren, Antisemitismus sei ein Vorurteil unter vielen oder die Bezeichnung des Antisemitismus »Unterform des Rassismus« verdienen linke, materialistische Kritik, da offensichtlich Struktur und Genese antisemitischer Projektionen verkannt wurden. Zudem muss die in der Studie vertretene positive Einschätzung, in Deutschland sie die Abgrenzung von antisemitischen Äußerungen etwa eins Karli oder Möllemann gelungen, erheblich bezweifelt werden. Diese Schwäche allerdings liegt im Datenmaterial begründet: man hat sich eben nicht die Mühe gemacht, an Stammtischen, in Wohnzimmern oder im Sportverein nach deutschen Befindlichkeiten zu forschen, sondern sich auf offizielle Statistiken beschränkt.



Typisch deutsche Projektionsleistung: Transparent am Rande einer ATTAC-/Gewerkschafts-Demo am 14.9.2002 in Köln, bis vor kurzem unkommentiert downloadbar als Foto von der Attac-Internetseite.

Nichtsdestotrotz hat die Studie ihren Wert, weil sie einen Überblick über das Spektrum antisemitischer Äußerungen bietet und zudem wissenschaftlich bestätigt, was einige schon länger ahnten: dass nämlich erstens die Täter zu einem nicht unerheblichen Teil aus dem radikal-islamistischen Spektrum stammen und dass zweitens der in linken Kreisen so gern gepflegte Antizionismus deutliche Überschneidungen bis hin zur Deckungsgleichheit mit antisemitischen Denkmustern aufweist. Nicht selten erfolgten konsequenterweise Übergriffe aus dem linkradikalen, antiimperialistischen Spektrum.

Ende November dann wurde bekannt, dass sich das EUMC weigerte, die Studie zu veröffentlichen. Eine offizielle Nachricht über die Gründe der Nichtveröffentlichung hat das ZFA nie erhalten. Erst als verschiedene vor allem außereuropäische Zeitungen auf diesen Skandal aufmerksam machten sowie jüdische Organisationen und der Grünen-Abgeordnete Cohn-Bendit die Studie ins Internet stellten, sah sich auch das EUMC zum Handeln gezwungen. Es publizierte die Untersuchung auf seiner Homepage, jedoch gekürzt und mit einem Vorwort versehen, in dem die Studie als in wissenschaftlicher Hinsicht mangelhaft bezeichnet wird. Sie basiere erstens auf nicht repräsentativen Daten, was umso merkwürdiger klingt, als dass das ZFA sämtliche Daten von der EU-Behörde selbst übermittelt bekommen hatte. Zweitens enthalte sie unlautere Generalisierungen und sei tendenziell anti-moslemisch.

Zumindest der letzte Punkt dürfte für die Auftraggeber wohl tatsächlich ausschlaggebend gewesen sein. Die simple Tatsache, dass zumindest im gegebenen Untersuchungszeitraum die Täter überproportional häufig jugendliche Muslime arabischer und nordafrikanischer Herkunft waren, ist eine Affront gegen die bisherige Arbeit des EUMC. Dieses hatte bislang vor allem die Diskriminierung arabischer Migranten untersucht und in letzter Zeit häufig, vor einer drohenden »Islamophobie« gewarnt. Ungeachtet der tatsächlichen Diskriminierung dieser Bevölkerungsgruppen, wird der Begriff Islamophobie jedoch vor allem in Frankreich, zunehmend aber auch in Deutschland dazu benutzt, Kritiker des islamischen Fundamentalismus mundtot zu machen.

Das ZFA hatte auf die Vorwürfe der EU-Behörde noch im Dezember 2003 reagiert. Es weist den Vorwurf der falschen Gleichsetzung von Israelfeindlichkeit und Antisemitismus in der Studie zurück. Die Untersuchung enthalte eine klar strukturierte Grenzziehung zwischen beidem. Jedoch seien Anspielungen oder Vergleiche der israelischen Politik mit dem Nazi-Regime als antisemitisch einzustufen, ebenso die Anwendung von antisemitischen Stereotypen auf die israelische Politik. Beispiele seien die »Beschuldigung, dass eine geheime weltumfassende zionistische Verschwörung besteht, die Isolation Israels als Staat, der sich grundsätzlich negativ von allen anderen abhebt, der deswegen kein Recht auf Existenz hat, sowie negative historische Bezüge auf die jüdische Geschichte, mit dem Zweck, einen unwiderruflichen negativen jüdischen Charakter aufzuzeigen«.

Nahezu alle Berichte bestätigen, so die Studie, dass Juden in der EU sozial, ökonomisch und kulturell gut integriert sind und dass deswegen die typischen

Motive für Fremdenhass wie die Angst vor der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, sprachliche Barrieren etc. wegfallen. Stattdessen wird darüber phantasiert, dass »Juden eine national und international einflussreiche Gruppe seien, die die Politik und die Wirtschaft kontrollieren«.

Das ZFA fand heraus, dass seit dem 11. September stellenweise die Meinung vertreten wird, der islamistische Terrorismus sei eine »natürliche Konsequenz des ungelösten Nahost-Konflikts«, für den Israel allein verantwortlich gemacht wird. Den Juden wird zudem ein maßgeblicher Einfluss auf die angeblich proisraelische Politik der USA zugeschrieben. An dieser Stelle, schlussfolgern die Autoren, könnten Antiamerikanismus und Antisemitismus zusammenspielen, was dazu führe, dass Verschwörungstheorien über die jüdische Weltherrschaft wieder aufkommen.

In der Linken sind Antiamerikanismus und Antisemitismus teils eng miteinander verknüpft. Israelische Politik wird als »aggressiv, imperialistisch und kolonialistisch« angesehen, die Kritik daran mit antisemitischen Denkmustern versetzt. Auf diesem Wege wird, so die Verfasser, der traditionelle Antisemitismus in eine neue Form übersetzt, der weniger die Legitimierung entzogen würde und deren Gebrauch heute in Europa Teil des politischen Mainstream werden könnte.

Auf den Vorwurf verschiedener jüdischer Organisationen, Europa verweigere sich einer fundierten Auseinandersetzung mit diesem drängenden Problem durch die Nichtveröffentlichung der Studie, reagierte der Präsident der Europäischen Kommission, indem er ein für Februar 2004 geplantes Seminar zum Thema Antisemitismus in der EU absagte. Der Jüdische Weltkongress (WJC) reagierte auf diese Absage mit Unverständnis. WJC-Vizepräsident Elan Steinberg betonte: »Nicht wir brauchen dieses Seminar, sondern die EU braucht es, um den Antisemitismus zu bekämpfen.« Das Seminar konnte schließlich doch noch stattfinden, jedoch erst nach starkem medialen Druck und offensiver Problembenennung durch jüdische Organisationen.

Auch in Deutschland bemühten sich schließlich einige Politiker um einer deutlichere, jedoch zumeist deutlich taktisch motivierte Stellungnahme. Als zunächst uneingeplanter Redner nutzte Joschka Fischer die Eröffnung einer Konferenz der Böll-Stiftung »Antisemitismus heute - Europäische Debatten im Vergleich« Ende Januar in Berlin, um sich als Bekämpfer des Antisemitismus neu zu positionieren. Der Antisemitismus trete auch in der Form von "Israel-Kritik" auf, aber: »Israel darf man kritisieren. Jede demokratische Regierung darf man kritisieren. Ich behaupte sogar, man muss sie kritisieren.« Erst am Ende der Konferenz verwies ein junger Zuhörer darauf, dass die Veranstalter doch mal die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus der Politiker aus den eigenen Reihen suchen sollten, die die deutsche Balkankriegbeteiligung mit Auschwitz gerechtfertigt hatten. Offenbar bedarf es immer erst einer Skandalisierung, um Antisemitismus in Europa zu einem Thema zu machen, auf das politisch Bezug genommen wird.

Die EU hat sich auf einen gegen die USA und Israel gerichteten Kurs eingefahren. Sie unterstützt die palästinensische Autonomiebehörde mit erheblichen Geldbeträgen, obwohl längst klar ist, dass sich die Wege der weitaus größten Summe nicht nachvollziehen lassen und der Verdacht sich erhärtet, dass mit diesen Geldern Selbstmordattentate finanziert werden. Versuche, hier Licht ins Dunkel zu bringen, wie etwa die vielen Anfragen der ehemaligen Europaabgeordneten Ilka Schröder, wurden regelmäßig abgewehrt.

Dass die Autoren der Studie zudem die Nähe des Antiamerikanismus, als desjenigen Ressentiments, dem Bundeskanzler Schröder seine Wiederwahl verdankt, zu antisemitischen Projektionen betonten, dürfte seitens der Auftraggeber das Fass zum Überlaufen gebracht haben.

Die Studie ist in voller Länge nachzulesen unter:
www.antisemitismus.net/europa/eu-studie.pdf

Herr K.